

II-945 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 51813

1980 -04- 29

A n f r a g e

der Abgeordneten PROBST, ING. MURER

an den Herrn Bundeskanzler

betreffend Grenzlandregion Deutschlandsberg - Förderungsmaßnahmen des Bundes

Die Region Deutschlandsberg zählt zu jenen Notstandsgebieten im österreichischen Grenzland, die wirksamer und aufeinander abgestimmter Förderungsmaßnahmen ganz besonders dringend bedürfen. Dieser aus den Gerichtsbezirken Deutschlandsberg, Eibiswald und Stainz bestehende Landesteil weist bekanntlich die höchste Arbeitslosenrate und das niedrigste Steueraufkommen in der Steiermark auf. Allen bisherigen Bemühungen des Landes ebenso wie der betroffenen Gemeinden, hier durch Förderung von Betriebsgründungen einen Wandel zu schaffen, blieb der durchschlagende Erfolg versagt. Die Hauptursache für das geringe Interesse in- und ausländischer Industrieunternehmen, sich in dem südweststeirischen Gebiet niederzulassen, liegt zweifellos in der dortigen Infrastruktur, die - insbesondere mit Blick auf die Verkehrsverbindungen - außerordentlich rückständig ist.

Neben der schon erwähnten hohen Arbeitslosenrate schlägt auch die weit über dem Landesdurchschnitt liegende Zahl der täglichen Pendler negativ zu Buche: Nach vorliegenden Informationen ist jeder dritte Berufstätige außerhalb seines Bezirkes beschäftigt. Als weiteres Indiz für den Ernst der Situation sei noch der besorgniserregende Rückgang sowohl der gewerblichen als auch der landwirtschaftlichen Betriebe angeführt. Die zunehmende Abwanderung Selbständiger in den Bereich der unselbständig Erwerbstätigen bedeutet natürlich eine erhebliche Verschärfung der ohnehin angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt. Besonders wichtig wäre die Förderung kleinerer Betriebe.

Angesichts der geschilderten Umstände kann es nicht verwundern, daß Einzelheiten, die über die General Motors für deren Betriebsgründung in Wien-Aspern gewährten finanziellen Hilfen und Vergünstigungen bekanntgeworden sind, in der Bevölkerung der Region Deutschlandsberg Unmut hervorgerufen haben. Verständlicherweise fühlt man sich dort benachteiligt und

- 2 -

vernachlässigt; dies umso mehr, als die Situation in der Südweststeiermark ein Problem darstellt, das aus raumordnungs- und strukturpolitischer Sicht ebenso wie unter dem Aspekt der Grenzlandförderung die volle Aufmerksamkeit der Bundesregierung verdient.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e :

1. Welche Maßnahmen sind beabsichtigt, um der Grenzlandregion Deutschlandsberg die dringend benötigte Hilfestellung zu gewähren?
2. Wie lautet im einzelnen der Zeitplan für die Realisierung dieser Förderungsmaßnahmen?